Beschluss A 2 - Du lernst fürs Leben - Schule

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	19.02.2022
Tagesordnungspunkt:	A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

Text

A. 2. Du lernst fürs Leben – Schule

Wir haben uns in Schleswig-Holstein auf den Weg gemacht, alle Schüler*innen auf ihrem individuellen Bildungsweg bestmöglich zu begleiten und jedem Kind die besten Chancen zu bieten. Oft brauchen Schulen vor allem Zeit und Raum, um sich eigenständig weiterzuentwickeln, um Neues auszuprobieren und sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Für uns ist Bildungspolitik ein Miteinander, wir sehen die Schulen als Partnerinnen, die wir in ihrer Entwicklung unterstützen.

Das Thema Bildungsgerechtigkeit steht für uns weiterhin im Fokus. Noch immer bestimmt die soziale Herkunft in erheblichem Umfang über Bildungsabschluss und die Chancen im weiteren Leben. Wir müssen und werden weitere Impulse für die Chancengerechtigkeit der nächsten Generationen von Schleswig-Holsteiner*innen geben. So haben die Corona-Schulschließungen Kinder und Jugendlichen in ganz unterschiedlichem Maße getroffen. Wir wollen die Auswirkungen mit den Schulen in den Blick nehmen und gegebenfalls besondere Aufholprogramme für diejenigen anbieten, die unter den Schulschließungen besonders viel verpasst haben. Insbesondere die fortschreitende Entwicklung von Schulen vom Lern- hin zum Lebensort, an dem Bildungs- und Betreuungsangebote sowohl vormittags als auch nachmittags stattfinden, ist für mehr Bildungsgerechtigkeit von zentraler Bedeutung. Wir wollen im Zuge der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung vielfältige und hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote zusammen mit Sportvereinen, Musikschulen, offener Jugendarbeit, Jugendverbände etc. genauso wie therapeutische Angebote auf den Weg bringen. Wir wollen Bildungsangebote nicht nur für die Jugendlichen, sondern gemeinsam mit den Jugendlichen schaffen. Auch das Thema Inklusion ist weiterhin ein Kernanliegen GRÜNER Bildungspolitik. Gemeinsames Lernen von Schüler*innen mit unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfen muss selbstverständlich sein.
Um die Bildungsgerechtigkeit weiter voranzutreiben, ist es notwendig das alle beteiligeten Personengruppen über angebotene Bildungs- und Betreuungsangebote gleich gut informiert sind. In diesem Zusammenhang setzten wir uns dafür ein, dass sämtliche Informationsschreiben , insbesondere Elternbriefe, stets in verständlicher Sprache formuliert sind.

Auch in der Jamaika-Koalition haben wir es geschafft, die Weichen hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu stellen. Zentral war dabei das von uns im Koalitionsvertrag verankerte Konzept des „Bildungsbonus“, welches mit dem PerspektivSchul-Programm für Schulen in herausfordernden Lagen eingeführt wurde. Das „Produktive Lernen“ eröffnete vielen Schüler*innen in Abschlussklassen praktische Einblicke in den Betriebsalltag und ermöglichte so neue Wege zum Schulabschluss. Die Zahl der Lehrkräftestellen, insbesondere für Sonderpädagog*innen, haben wir deutlich erhöht, die Unterrichtsversorgung auf mehr als 100 Prozent gesteigert, die Digitalisierung vorangebracht und damit

begonnen, die Besoldung der Grundschullehrkräfte der der anderen Lehrämter anzupassen.

In der kommenden Wahlperiode werden wir einen Schwerpunkt auf die inhaltliche Weiterentwicklung des Lernens an unseren Schulen legen. Schule soll stärker ein Raum werden, in dem die Schüler*innen ihre Stärken und Interessen entdecken und diese weiter ausbauen können, ein Raum mit offenen Lernformen und auch fächer- und
jahrgangsübergreifenden Unterrichtskonzepten. Dazu werden wir die Kontingentstundentafel auf
den Prüfstand stellen und anpassen, um den Schulen mehr Freiräume bei der Umsetzung innovativer
Konzepte zu geben und Bereiche wie informatische Bildung, Wirtschaft/Politik, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und
Verbraucherbildung zu stärken.
Wir werden uns dafür einsetzen, die bestehenden Möglichkeiten der Notenfreiheit zu erweitern.
Wir werden die Schüler*innen besser auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Dazu gehören Kenntnisse über die Rechte als Verbraucher*innen, insbesondere die Tücken des Internets,
Basiskenntnisse zu Kauf-, Miet- oder Versicherungsverträgen - und Informationen über Beratungsangebote.

Wir wollen Bildung für Nachhaltige Entwicklung in unseren Schulen mehr Raum geben: im klassischen Unterricht, in neuen Lernformaten und durch die Kooperation mit außerschulischen Lernorten. Viele Lösungen für die Zukunft finden sich in den Naturwissenschaften. Die MINT-Fächer legen den Grundstein für unsere künftige Problemlösung, Fortbildungen für Lehrkräfte in diesem Bereich wollen wir ausbauen und einen Austausch mit unseren Hochschulen im Lande verstärken.

Den Grundschulen wollen wir wieder die Möglichkeiten geben, die Grundschrift als eine Schulausgangsschrift zu nutzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schüler*innen wieder ohne Nachteile gendersensible Sprache verwenden können.

Wir wollen uns aktiv für einen späteren Schulbeginn am Morgen einsetzen, um den Schulrhythmus besser an den Schlafrhythmus der Schüler*innen abzustimmen und dazu in Absprache mit Schulen, Eltern. Schüler*innen und Schulträgern neue Wege ausloten. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll eine Betreuung für Grundschulkinder auch vor Schulbeginn flächendeckend möglich sein.

Für die nicht mehr wegzudenkenden digitalen Unterrichtsformate und auch das individualisierte und eigenverantwortliche Lernen der Zukunft braucht es eine gute Sachausstattung, genauso wie entsprechend ausgebildete Lehrkräfte.

A. 2. 1. PerspektivSchulen stärken

Zur Unterstützung von Schulen, die sich in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld befinden, haben wir 2019 das PerspektivSchul-Programm initiiert. Mit diesem Programm erhalten Schulen einen „Bildungsbonus“, der vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind gibt. Dafür haben wir für 62 PerspektivSchulen die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt.
Der Bildungserfolg unserer Schüler*innen, Bildungsgerechtigkeit und die

Möglichkeit für Schulen, eigene Lösungen für ihre Herausforderungen zu finden, sind uns wichtig. Wir wollen dieses Programm ausbauen und stärken.

Wir werden uns für die Entwicklung eines regelmäßig zu aktualisierenden Sozialindex einsetzen, um die Mittel bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen. Auch aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhoffen wir uns weiteren Rückenwind.

A. 2. 2. Ganztagsangebote ausbauen

Die bundesweite Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler*innen ab 2026 ist ein notwendiger Schritt. Auch in Schleswig-Holstein wollen wir dieses Programm gemeinsam mit den Kommunen schrittweise umsetzen. Sowohl die Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten als auch der Aspekt der Chancengerechtigkeit zeigen, dass wir hier zügig vorankommen müssen.

Qualitativ gute Ganztagsangebote, die auch Vereine und andere außerschulische Akteur*innen einbeziehen, sind die Chance für Schulen, nicht allein als Lernorte empfunden zu werden, sondern als im Quartier integrierte Gemeinschaftsorte. In der letzten Wahlperiode ist es uns gelungen, an fast allen Grundschulen ein Ganztagsangebot einzurichten. Dabei gibt es deutliche Unterschiede, zeitlich, inhaltlich und qualitativ, auch abhängig vom Schulträger.

Wir unterstützen, dass alle am Ganztag Beteiligten ein Rahmenkonzept für Schleswig-Holstein entwickeln, so dass der Ganztag nicht nur als Betreuungs-, sondern auch als Bildungsangebot zukunftsgerichtet aufgestellt wird. Eine Orientierung an den Bildungsleitlinien des Landes SH ermöglicht es Kinder und Jugendliche ganzheitlich wahrzunehmen, gleichwohl wollen wir Vor- und Nachmittag verzahnen Wir setzen uns für landesweit einheitliche Rahmenbedingungen bei Raumstandards, Personal und Sachausstattung im Ganztag ein, um auch hier die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Die Leitung im Ganztag sollte von (sozial)pädagogisch ausgebildeten Fachkräften übernommen werden und Teil einer erweiterten Schulleitungsrunde sein. Eine Änderung des Schulgesetzes streben wir an.Darüber hinaus werden wir eine, an den Bedürfnissen der Schüler*innen orientierte, gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährung in das Konzept der Ganztagsschulen einflechten. Diese wird sich an dem DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schule orientieren. Die Bedarfe und finanziellen Möglichkeiten von Familien haben wir daher ebenfalls im Blick. Dazu gehören die verlässliche Betreuung auch vor Unterrichtsbeginn und die Ausweitung der Geschwisterermäßigung und der Sozialstaffel auch im schulischen Ganztag.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Koordinierung des Ganztagsangebotes durch qualifiziertes Personal mit pädagogischer Kompetenz weiter zu verbessern und wollen ermöglichen, dass (Teil-)Aufgaben auch von Personen übernommen werden können, die keine Lehrkräfte sind.

Die Schlüssel zur Qualität im Ganztag sind gut ausgebildete multiprofessionelle Teams und eine gute Verzahnung zwischen Schulvor- und -nachmittag, der zudem einen vollständigen Personalwechsel in den Mittagsstunden vermeidet. Ganztagsschule braucht eine gute Rhythmisierung mit vielfältigen Angeboten. Das kann der Musik- oder Entspannungskurs am Vormittag genauso sein wie die Deutschstunde am Nachmittag. Wir setzen uns für die Einführung einer Modulreihe „Multiprofessionalität“ für alle an Ganztagsschulen arbeitenden Professionen ein. Durch ein solches Modul in der Aus- und Fortbildung soll das gemeinsame

Lernen und Arbeiten im Team unter Einbeziehung der verschiedenen Perspektiven der an Ganztagsschulen arbeitenden Professionen gestärkt werden. So soll die Ganztagsschulenoch stärker zu einem Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche werden.

A. 2. 3. Digitalisierung in der Schule

Wir leben in einer immer stärker digitalisierten Welt. Nicht zuletzt durch die Anforderungen des Distanzunterrichts in der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung einen deutlich höheren Stellenwert auch in unseren Schulen bekommen. Auch dauerhaft bieten digitale Formate Chancen zum eigenverantwortlichen und individuellen Lernen, können die Binnendifferenzierung unterstützen und neue Zugänge zu Informationen schaffen. Unser Ziel ist es, dass alle Schüler*innen der digitalen Transformation gewachsen sind und diese aktiv gestalten. Die notwendigen pädagogischen Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte werden wir ausbauen, um die Schulen für die Digitalisierung fit zu machen. Konkret werden wir uns für die Schaffung eines Pflichtmoduls an Hochschulen einsetzen, in dem digitales Lernen und digitale Pädagogik vermittelt wird.

Dafür haben wir in der vergangenen Wahlperiode den Grundstein gelegt. Wir werden dafür sorgen, dass möglichst bis Ende des Jahres alle Schulen einen Glasfaseranschluss bekommen, ein Lernmanagementsystem wurde den Schulen bereitgestellt, genauso wie Laptops oder Tablets für Lehrkräfte. Wir haben 250 Stellen unter anderem für die Entwicklung von digitalen Lernmaterialien und die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zur Verfügung gestellt.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Weiterentwicklung der Schulen beim Lernen mit digitalen Medien weiter unterstützen. Jedes Kind soll unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern oder Erziehungsberechtigten die Möglichkeit haben, in der Schule und auch zuhause mit einem digitalen Gerät zu lernen. Hierfür werden wir zusammen mit den Schulträgern und unter Berücksichtigung des geplanten Digitalpakts 2.0 vom Bund ein Gesamtkonzept erarbeiten. In diesem werden wir die Ausleihe, Beschaffung, Wartung und Administration von digitalen Endgeräten dauerhaft klären. Auch Datensicherheit, Green IT, Kosteneffizienz und die Nutzung von Open Source-Software werden wir dabei noch besser mit digitaler Bildung vereinen. Auf Bundesebene setzen wir uns für das Konzept der Bildungsflatrate mit einem „Education Pass“ ein, damit Schüler*innen auch zuhause ein Internetzugang zur Nutzung von digitalen Bildungsangeboten offensteht.

Sowohl die fachübergreifende Medienbildung als auch Wissen und Kompetenzen im Bereich informatische Bildung werden für alle Schüler*innen essentiell sein, um die eigene Zukunft in einer immer stärker digitalisierten Welt zu gestalten. Deshalb werden wir diesen Bereich stärken. Bei der Umsetzung werden wir uns an den Erkenntnissen aus dem Landesprogramm „Zukunft Schule im digitalen Zeitalter“ orientieren. Dieses muss im Rahmen der überarbeiteten Kontingentstundentafel verpflichtend etabliert werden, um die schon derzeit hohe Belastung von Kindern und Jugendlichen nicht weiter zu erhöhen. Der Bedarf an Lehrkräften mit einer Informatik-Ausbildung wird hoch sein. Daher unterstützen wir die Einführung von Informatik-Studiengängen an der Europa-Universität Flensburg und bauen die Weiterbildungsangebote aus.Für die Grundschulen wollen wir an verschiedenen Standorten im Land ausleihbare Kisten mit Unterrichts- und Praxismaterialien zum

Thema Programmieren und Robotics anbieten, damit Schüler*innen bereits von Anfang an lernen, in der digitalen Welt angeleitet zu experimentieren.

Digitale Medien und Inklusion müssen in Zukunft gemeinsam gedacht werden. Denn durch digitale Medien werden neue Teilhabemöglichkeiten eröffnet. Neben der Nutzung von Medien als Lernmittel wird für die Schüler*innen durch assistive Medien vor allem individualisiertes und partizipatives Lernen ermöglicht. Die Einbindung von Medien wie zum Beispiel Talkern, Screenreadern, Anybookreadern oder der EiS-App muss daher für alle Lehrkräfte selbstverständlich werden. Außerdem muss die vereinfachte Anschaffung der Geräte durch die Schulträger ermöglicht werden.

A. 2. 4. Inklusion in der Schule

Eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und in der jede*r die Möglichkeit hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, das ist auch in der Bildungspolitik unser Ziel. Schüler*innen lernen am besten, wenn es ihnen gut geht und sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Dabei ist klar: Inklusion wird am besten gelingen, wenn die personellen, sächlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen. Wir verfolgen das Ziel, den bestehenden Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz zu streichen.
Um die notwendigen Ressourcen für das gemeinsame Lernen aller Schüler*innen bereitstellen zu können, braucht es neben barrierearmen Schulen auch eine bedarfsgerechte Anzahl von Fachkräften.
Hierzu werden wir bis zum Jahr 2024 490 zusätzliche Stellen für Sonderpädagog*innen zur Verfügung gestellt haben.
Damit diese Stellen auch besetzt werden können, benötigt es weiterhin ein intensiviertes, vorgeschaltetes und erfolgreiches Programm gegen den Fachkräftemangel.
Neben der in dieser Wahlperiode weiter ausgebauten Kapazität an Studienplätzen und Plätzen im Vorbereitungsdienst, brauchen wir außerdem den Quer- und Seiteneinstieg und weitere Modelle, um zusätzliche Fachkräfte zu qualifizieren.
Bis zum Jahr 2024 werden wir 490 zusätzliche Stellen für Sonderpädagog*innen geschaffen haben. Damit diese Stellen besetzt werden können, brauchen wir weiterhin den Quer- und Seiteneinstieg und weitere Modelle, um zusätzliche Fachkräfte zu qualifizieren. Um das Beratungs- und Unterrichtsangebot hinsichtlich spezifischer Unterstützungsbedarfe in unserem Land zu gewährleisten, werden wir prüfen, inwieweit weitere Qualifizierungsmaßnahmen für die Förderschwerpunkte „Hören“ und „Körperliche und motorische Entwicklung“ angeboten werden können.

Wir stehen auch weiterhin zum dual-inklusiven Konzept, welches Kindern die Bildungsteilhabe an Regelschulen oder an Förderzentren ermöglicht. Wir werden die inklusiv ausgerichteten Strukturen und Lernangebote an Regelschulen durch einen planvollen und abgestimmten Ausbau personell, sächlich und organisatorisch stärken.

Die Einrichtung von Campusklassen halten wir für eine geeignete Möglichkeit, um das inklusive Lernen von Schüler*innen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung verstärkt zu ermöglichen. Gemeinsam mit Förderzentren, die bereits Campus-Lösungen etabliert haben, wollen wir Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von

Campusklassen erarbeiten.

Auch den DAZ-Bereich werden wir stärken und mit ausreichenden multiprofessionellen Kapazitäten ausbauen. Dadurch legen wir einen soliden Grundstein für die Schulbildung fremdsprachiger Menschen und bieten auch Geflohenen und Zugewanderten alle Chancen auf qualifizierte Schulabschlüsse.

Die Ausgestaltung der Schulpflicht wollen wir weiterentwickeln und ein Bildungsrecht für alle Kinder und Jugendlichen, die in Erziehungshilfeeinrichtungen leben oder deren Aufenthaltsstatus unsicher ist, garantieren.

Um eine echte Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen zu erreichen, sollen auch im Unterricht benötigte Druckschriften wie Atlanten sowie Ganzschriften und Lektüren den Schüler*innen leihweise und kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Auch Arbeitshefte, die zum Verbrauch bestimmt sind, wollen wir kostenlos bereitstellen. Diese Regelung soll für alle Schularten gelten. Die Schulträger müssen bei der Aufbringung der finanziellen Mehrbelastung unterstützt werden.

Bildungsangebote und -einrichtungen müssen barrierearm zugänglich sein und zwar nicht nur baulich. Das gilt auch für die Materialien, mit denen im Unterricht gearbeitet wird. Hierzu wollen wir Verwaltungen und pädagogisches Personal verstärkt für gesellschaftliche Vielfalt sensibilisieren, damit Aspekte der Inklusion stärkere Berücksichtigung in Entscheidungs- und Planungsprozessen finden. Insgesamt wollen wir für das pädagogische Personal in Schulen Fort- und Weiterbildungsangebote mit Fokus auf Lernfortschrittsbeschreibung, Erkennung von Gründen für Lernprobleme und mögliche Unterstützungsmaßnahmen ausbauen.

Außerdem wollen wir gemeinsam mit Kommunen und Schulträgern ein Konzept entwickeln, um die Zusammenarbeit von Unterstützungskräften, wie zum Beispiel Schulbegleitung und Schulassistenz, zu fördern und Pool-Modelle zu ermöglichen, sodass die unterschiedlichen Kräfte nach Bedarf in den Klassen eingesetzt werden können. Auf diese Weise können mehr Schüler*innen profitieren und wir ermöglichen eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von Kontinuität und Professionalisierung der Schulbegleitungen.

Damit Kinder und Jugendliche in immer heterogener werdenden Schulklassen und Lerngruppen bestmöglich und individuell gefördert werden können, benötigen Lehrkräfte mehr Unterstützung durch speziell ausgebildete Fachkräfte, wie zum Beispiel Ergotherapeut*innen und Logopäd*innen. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und die Schulsozialarbeit stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass langfristig an jeder Schule im Land eine Person für Schulsozialarbeit bereitgestellt wird. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, mehr Sonderpädagog*innen kontinuierlich an Regelschulen einsetzen zu können.

Um regionale Unterschiede abzubauen und die Förderung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Förderungsbedarf abzusichern, setzen wir uns für landesweit einheitliche diagnostische Standards und verbindliche Verfahrensregeln ein.

Wir wollen die Pro-Kopf-Zuweisung von zusätzlichen Stunden für Schüler*innen mit Förderungsbedarf in eine systemische Zuweisung von Stunden an die Schulen überführen, die die unterschiedlichen Bedarfe der Schulen berücksichtigt. So können Schüler*innen auch ohne die formale Feststellung eines

Unterstützungsbedarfs mit zusätzlichen Stunden präventiv besser unterstützt werden. Ein entsprechendes Konzept werden wir gemeinsam mit den Schulen, Eltern und den kommunalen Spitzenverbändenerarbeiten.

Um die Kontinuität der Inklusion im Bildungsbereich zu verbessern, wollen wir beim Übergang zwischen Bildungsstufen verstärkt auch diesen Aspekt berücksichtigen.

A. 2. 5. Lehrkraft werden

Wir haben in der Jamaika-Koalition die Studienplätze für Grundschullehrkräfte und Sonderpädagog*innen ausgebaut, um dem Bedarf gerecht zu werden. Mit der Entwicklung des Lehrkräftebedarfsprognosetools und der Einrichtung der Allianz für Lehrkräftebildung haben wir die Grundlagen für die inhaltliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung geschaffen.

Gemeinsam mit der Allianz für Lehrkräftebildung werden wir die Lehramtsausbildung in Schleswig-Holstein weiterentwickeln, um die Lehrkräfte von morgen besser auf die tiefgreifenden Transformationsprozesse insbesondere im Bereich Digitalisierung, Inklusion und des kompetenzorientierten eigenverantwortlichen Lernens vorzubereiten. Dabei wollen wir Lehrinhalte zur Bildung in der digitalen Welt im Curriculum des Lehramtsstudiums verbindlich verankern, die neben der Medienbildung auch Grundlagen der Informatik vermitteln. Angehende Lehrer*innen werden wir mit weiteren Angeboten zur inklusiven Didaktik in der pädagogischen und fachdidaktischen Grundausbildung noch besser auf den inklusiven Berufsalltag vorbereiten. Um die angehenden Lehrkräfte hinreichend für inklusive Bedarfe zu sensibilisieren, sollen Menschen mit Behinderungen als Bildungsfachkräfte qualifiziert werden. Das Institut für inklusive Bildung ist dafür ein hervorragender Grundstein.

Um mit den steigenden Herausforderungen gut umzugehen, braucht es einen stärkeren Fokus auf die psychische Gesundheit auch in der Schule. Wir werden daher beginnend mit dem Lehramtsstudium zusätzliche Angebote schaffen, die Lehrkräfte sowohl darauf vorbereiten, gesundheitspräventive Inhalte zu vermitteln, als auch Hilfestellung zu eigener Resilienz im belastenden Berufsalltag geben. In der Berufspraxis sollen Supervisionsangebote ausgebaut werden, auch um individuelle mentale Belastungen zu reduzieren.

Aktuell können Planstellen nicht immer mit angemessen ausgebildeten Fachkräften besetzt werden. Ein wichtiges Ziel ist es daher, Studienplätze bedarfsgerechter zu planen. Die Entwicklung von Pilotprojekten zur Lehrkräfteausbildung in dualen Masterstudiengängen befürworten wir. Wir wollen die fachliche Begleitung der Vertretungslehrkräfte durch Mentor*innen verbessern, auch um die Unterrichtsqualität zu sichern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) für Lehramtsstudierende im Vertretungseinsatz ermöglicht werden kann.

Für Menschen ohne Masterstudienabschluss ist die Anstellungszeit auch im Falle des bewährten Einsatzes im Unterricht auf fünf Jahre begrenzt. Wir wollen diesen Vertretungskräften den Weg des Quer- und Seiteneinstiegs als Fachlehrkraft an allgemeinbildenden Schulen eröffnen. Mit Weiterbildungen im fachlichen und pädagogischen Bereich sollen sie die Qualifikation erlangen, dauerhaft als Lehrkraft im gehobenen Dienst tätig zu sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Übergang zwischen Studium und Vorbereitungsdienst noch besser koordiniert wird, insbesondere um Wartezeiten zu vermeiden.

Um eine transparente und kontinuierliche Bewertung der Leistungen im Vorbereitungsdienst zu ermöglichen, legen wir den Fokus auf eine lernprozessbegleitende Diagnostik der Leistungen der Referendar*innen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bewertungskriterien der Prüfungen zum zweiten Staatsexamen offengelegt werden und eine von Kriterien geleitete Rückmeldung zur Prüfung erfolgt.

Durch eine stärkere Kooperation von Fachhochschulen mit der Chrisitan-Albrechts-Universität zu Kiel und der Europauniversität Flensburg, werden wir mehr Möglichkeiten für Lehramtsmaster für das Berufsschullehramt schaffen.

A. 2. 6. An Schulen arbeiten

An unseren Schulen arbeiten inzwischen viele verschiedene Professionen zusammen. Wir wollen die dauerhafte Arbeit multiprofessioneller Teams im Arbeitsfeld Schule gemeinsam mit diesen Akteur*innen weiterentwickeln und in die Fläche bringen. Dabei werden wir die Beratung zur Organisationsentwicklung für Schulen dauerhaft verfügbar machen.

Wir wollen die Anzahl der Poolstunden erhöhen, um Schulen mehr Spielraum für die angemessene Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben zu geben. Für einzelne, klar definierte und befristete Aufgaben werden wir Lehrkräften zukünftig einen Leistungszuschlag gewähren.

Die Maßnahmen zur Erhaltung der Lehrkräftegesundheit wollen wir weiter ausbauen. Neben den gut strukturierten Trainings mit Ausrichtung auf die individuellen Ressourcen wollen wir den „Arbeitsplatz Schule“ noch stärker in den Blick nehmen und gesundheitsförderliche Veränderungen bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Lehrer*innen, für die erholsame Pausengestaltung oder die Senkung der Lärmbelastung anstreben.

Die Leitung einer Schule wird mit steigenden Erwartungen und weiteren Aufgabenfeldern zunehmend anspruchsvoller und herausfordernder. Daher möchten wir die Schulleitungen bestmöglich unterstützen und die „Leitungszeit“ anforderungsorientiert weiter erhöhen. Das Prinzip der multiprofessionellen Teamstruktur sollte sich auch in der Schulleitung widerspiegeln. Wir wollen den Schulen die Möglichkeit eröffnen, Verwaltungsfachkräfte zur Unterstützung der Schulleitungen einzustellen. Die Integration von Förderschulleitungen sowie Ganztagskoordination und Schulsozialarbeit gilt es zu berücksichtigen. Zudem werden wir eine umfassende und systematische Qualifizierung von Schulleitungen aller Schularten einführen, um ausreichend Nachwuchs für die Aufgabe der Schulleitung gewinnen zu können.

Die Besoldung der Schulleitungstätigkeit soll an den Aufgabenstellungen ausgerichtet werden und allen in Frage kommenden Laufbahnen gleichermaßen offenstehen. Auch soll die Festlegung der Besoldung der Leitungen von Förderzentren von der Zahl der Schüler*innen mit festgestelltem Unterstützungsbedarf in ihrer Zuständigkeit gelöst und aufgabenbezogen bestimmt werden.

A. 2. 7. Antidiskriminierung und Demokratiebildung

Diskriminierung zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Den Grundstein wollen wir schon so früh wie möglich in der frühkindlichen Erziehung und in der Schule legen.. Radikalisierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gefährden die Demokratie und stellen eine erhebliche Herausforderung im schulischen Alltag und der politischen Bildung dar. Diskriminierung findet auch im Schulalltag statt. Sie führt dazu, dass Schüler*innen ungern zur Schule gehen und kann ihnen einen erfolgreichen Bildungsweg erschweren. Deshalb haben wir uns in der vergangenen Wahlperiode, unter anderem durch den Aktionsplan gegen Rassismus und diversen Maßnahmen gegen Antisemitismus, gerade auch mit den Bildungsinstitutionen auseinandergesetzt.

Wir wollen, dass Schüler*innen auf Lehrkräfte und Schulpersonal treffen, die schon in ihrer Ausbildung Wissen über Diskriminierungsstrukturen erlangt haben. Dafür braucht es in der Hochschulausbildung entsprechende Angebote und für Lehrpersonal Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

Wie erachten Information, Aufklärung sowie handlungsorientierte Projekte als essentielle Bestandteile von schulischer und außerschulischer Antidiskriminierungsarbeit. Dafür möchten wir Unterrichtskonzepte stärken, deren Ziel nicht nur die Vermittlung von historischen Fakten ist, sondern das Wissen über die Vorzüge und Funktionsweisen unseres demokratischen Rechtsstaates in den Mittelpunkt stellt.

Insbesondere zur Prävention von Radikalisierung ist es wichtig, ein Verständnis für die Komplexität von Politik zu schaffen und Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu gewinnen. Das Internet spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle, sodass auch Phänomene wie Hate Speech, Fake News und Verschwörungserzählungen einen Teil des Unterrichtes einnehmen sollten.

Die Aufklärung zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen, inter*-, nicht-binäre und trans*-Personen soll in schulische Curricula eingebunden werden. Zudem sollen Projekte zur Peerberatung initiiert und unterstützt werden.

Für das Leben in einer Demokratie ist ein gefestigtes Verständnis demokratischer Strukturen essentiell. Die Schule ist für die Vermittlung einer solchen demokratische Sozialisation und Bildung sowie für die Entwicklung eines demokratischen Bürger*innenbewusstseins elementar wichtig.

Für das Leben in einer Demokratie ist ein gefestigtes Verständnis demokratischer Strukturen essentiell. Die Schule ist für die Vermittlung einer solchen demokratische Sozialisation und Bildung sowie für die Entwicklung eines demokratischen Bürger*innenbewusstseins elementar wichtig. Deshalb werden wir den Bereich Wirtschaft/Politik in der Schule intensiv stärken und sicher stellen, dass Schüler*innen in der Sekundarstufe I an allen Schularten ab Klasse 7 in diesen Fachinhalten Unterricht bekommen.

Ein demokratisches Bewusstsein sollte nicht nur Teil des Unterrichts, sondern auch der Kultur in der Schule sein. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten aller Personengruppen an Schulen ausbauen und eine aktive und konstruktive Feedback-Kultur fördern. Außerdem wollen wir partizipative Modelle, wie etwa Klassenräte, stärken und so auch die Eigenverantwortung von Schüler*innen fördern.

Bei der Umsetzung und Entwicklung partizipativer Elemente sollen neben den Schüler*innenvertretungen und Lehrkräften auch die Elternbeiräte eingebunden werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine wissenschaftliche Evaluation und Implementierung eines Unterrichtsmoduls „Mitbestimmung an der Schule“ ein.

Mit einem Pilotprojekt wollen wir die politische Bildung und das Empowerment in Förderzentren und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen deutlich stärken und ausbauen.

Aufgrund der bisherigen Statistiken wissen wir, dass es durchschnittlich in jeder Schulklasse Kinder und Jugendliche gibt, die alltäglich sexualisierte Gewalt, sei es in der Familie, in Freizeitangeboten oder in der Schule erleben. Wir engagieren uns dafür, dass Präventionskonzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt nicht nur auf dem Papier stehen, sondern an jeder Schule regelmäßig umgesetzt werden, damit alle Mitglieder der Schulgemeinschaft wissen, wo sie für Kinder und Jugendliche Rat und Hilfe finden.

Die pädagogische Zusammenarbeit und Fortbildung mit Fachleuten freier Träger zum hier genannten Spektrum: Erkenntnis der geschlechtlichen Identität, sexuelle Selbstbestimmung und Schutz vor Gewalt sollte hierbei überall zur Regel werden. In Schleswig-Holstein gibt es hierzu ein vom Land gefördertes, sehr differenziertes Angebot freier Träger und Kooperationen mit einer Reihe von Schulen. Diese bewährte Zusammenarbeit wollen wir schrittweise flächendeckend ausbauen.

Unser Ziel ist es die Interessen von Schüler*innnen auch weiterhin in die politischen Gremien einzubinden weshalb wir auf Landesebene mehr Partizipation ermöglichen wollen. Die Landesschüler*innenvertretungen wollen wir aktiv über Sitzungen des Bildungsauschusses des Landtages und dessen Inhalte informieren. Zudem werden wir uns auf Landesebene für eine Reaktivierung der Schüler*innen- und Elternvertretungen der Förderzentren einsetzen.

A. 2. 8. Queer

Schule und die Lebenserfahrungen im Jugendalter prägen ein Leben lang. Noch immer entscheidet sich ein erheblicher Teil der queeren Jugendlichen dagegen, sich während ihrer Schulzeit zu outen. Grund dafür ist häufig die Angst vor Diskriminierung. Wir wollen, dass Schulen und Angebote der Jugendarbeit sichere Orte werden, an denen junge Menschen in der Erkundung ihrer Identität nicht mit Diskriminierungserfahrungen und Ausschlusserlebnissen konfrontiert werden. Stattdessen setzen wir uns für eine zugewandte Begleitung im Sinne einer fächerübergreifenden vorurteils- und diversitätsbewussten Pädagogik der Vielfalt als grundlegende pädagogische Perspektive ein.

Schule und die Lebenserfahrungen im Jugendalter prägen ein Leben lang. Gleichberechtigung und sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung müssen im Schullalltag durch jede Generation wieder neu und anders errungen werden, denn gerade in der Schule treffen die unterschiedlichsten Vorstellungen von geschlechtlicher Identität oft aufeinander ohne, dass die daraus entstehenden Spannungen im Schulalltag bearbeitet werden.

Daher entschließt sich ein erheblicher Teil der queeren Jugendlichen dagegen, sich in der Schulzeit zu outen. Grund dafür ist häufig die Angst vor Diskriminierung.

Wir wollen, dass Schulen und Angebote der Jugendarbeit sichere Orte werden, an denen junge Menschen in der Erkundung ihrer Identität nicht mit Diskriminierungserfahrungen und Ausschlusserlebnissen konfrontiert werden. Daher setzen wir uns für eine zugewandte Begleitung im Sinne einer fächerübergreifenden vorurteils- und diversitätsbewussten Pädagogik der Vielfalt als grundlegende pädagogische Perspektive ein.
Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit von Körpern und sexuelle bzw. romantische Orientierung, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Rechte in der Schule angemessen und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts.

Wir sprechen uns für die Reduktion von geschlechterdifferenziertenAngeboten im Sportunterricht zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten aus. Die Möglichkeit reine Mädchengruppen zu bilden wollen wir dabei beibehalten.
Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung vielfaltsinklusiver Lehr- und Lernmittel auch über die bloße Abbildung von queeren Menschen hinaus.

Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit von Körpern und sexuelle bzw. romantische Orientierung in der Schule angemessen und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts.

Wir sprechen uns für die Reduktion von geschlechterdifferenzierten Angeboten im Sportunterricht zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten aus. Wir setzen uns für einen sensiblen Umgang mit, sowie eine angemessene räumliche Berücksichtigung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen ein. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung von All-Gender-Restrooms in Form von abschließbaren Einzelkabinen mit Waschbecken sowie einem sensiblen Umgang mit Umkleidesituationen gelingen. Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung vielfaltsinklusiver Lehr- und Lernmittel auch über die bloße Abbildung von queeren Menschen hinaus. Damit einher geht die Qualifizierung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderen Beschäftigten an Schulen. Die Beschäftigung mit queerer Vielfalt muss hierzu in den entsprechenden Curricula verankert werden.

Wir bereiten unsere Schulen und Bildungseinrichtungen auf den Umgang mit intergeschlechtlichen Kindern, ohne oder mit diversem Geschlechtseintrag, räumlich und pädagogisch vor.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Stärkung der landesweiten queeren Antidiskriminierungsarbeit ein. Hierzu werden wir die größtenteils ehrenamtlichen Projekte in eine institutionelle Förderung überführen, sowie Mittel für Multiplikator*innenschulungen im Erwachsenenbereich bereitstellen.

Elternarbeit in Bezug auf queere Identitäten der Schüler*innen ist ein wichtiger Baustein für ein akzeptierendes Umfeld, die wir an allen Schulen mit qualifiziertem Personal unterstützen wollen. Wir ermöglichen den Schüler*innen und Eltern den niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Beratungsstelle.

A. 2. 9. Traumapädagogik ausbauen

Wir GRÜNE möchten Kitas und Schulen zu traumasensiblen und diskriminierungsfreien Räumen weiterentwickeln. Eine Fluchtgeschichte, die Konfrontation mit Tod und Verlust von Angehörigen oder eine verschärfte häusliche Situation durch die Coronakrise können traumatische Erfahrungen für Kinder und Jugendliche sein. Unser Ziel ist es, eine dafür sensibilisierte pädagogische Umgebung zu gestalten, sodass alle Kinder und Jugendlichen Talente entwickeln sowie emotionale, soziale Kompetenzen und persönliche Ressourcen kennen und nutzen lernen.

Dafür werden wir ein präventives traumapädagogisches Gruppenangebot für Schüler*innen, Eltern und (Sozial-)Pädagog*innen an Schulen ermöglichen, in dem die Kinder Akzeptanz und Empathie erleben. Dieses wird für Kinder mit und ohne deutsche Sprachkenntnisse gestaltet. Neben den Unterstützungssystemen der Schule sollen hier auch die Eingliederungshilfe der Kreise und die Familienzentren konzeptionell eingebunden werden. Mittelfristig soll daraus ein Regelangebot mit personeller Kontinuität und Rückkopplung zum Schulprogramm erwachsen. Erfahrungen aus Projekten oder der Traumapädagogik in Kindertagesstätten und Familienzentren („TiK SH“) sollen hier einfließen und bereits vorhandene Strukturen ausgebaut werden.

In diesem Sinne müssen auch heil- und traumapädagogische Grundlagen zum gesicherten Inhalt für die pädagogischen Ausbildungen in Schleswig-Holstein werden. Entsprechende Fortbildungen zum Kompetenzaufbau sollen für Fachkräfte in Kita und Schule angeboten werden.

A.2.X. Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit muss ein grundlegendes Bildungsziel sein. Unser Bildungssystem muss daher so ausgerichtet sein, dass alle Menschen das Wissen und die Fähigkeiten
erwerben, um kreative Ideen und Visionen für eine nachhaltige Entwicklung zu erwerben. Unser Ziel ist es daher, Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des Bildungssystems als festen Bestandteil der Bildungsziele festzuhalten. Erfolgreiche Praxisbeispiele wollen wir daher gezielt fördern und auszeichnen. Außerdem soll eine Vernetzung zwischen informellen und formellen Bildungsorten gefördert werden, insbesondere außerschulische Lernorte wie beispielsweise der “ErlebnisWald Trappenkamp” oder die “Phänomenta” sowie kleinere Projekte wie der “Villekula e.V.” müssen beim Erwerb der NUN-Zertifizierung,
der Finanzierung und Gestaltung ihrer Angebote sowie der Bekanntmachung ihrer Angebote in Bildungseinrichtungen unterstützt werden.Wir begrüßen die beschlossene
Landesstrategie “Bildung für nachhaltige Entwicklung” und wollen diese in Zukunft ausweiten und verstärken. Wir setzen uns dafür ein, dass auch junge Menschen
weiterhin in Regionalkonferenzen oder auf Landesebene durch die Jugendaktionskonferenz in die Umsetzung der Strategie mit eingebunden werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für umfassende Bildung, Ausbildung und Fortbildung in allen Wirtschaftszweigen und Bildungssektoren für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ein. Da uns für dieses Projekt nur noch zehn bis

20 Jahre bleiben, müssen wir bereits heute in allen Bereichen mit der Sicherstellung ausreichender Fachkräfte anfangen: Im Handwerk und in den Unternehmen sowie in den Hochschulen und Fachhochschulen. Mit einem Runden Tisch „Bildung, Ausbildung und Klima“ wollen wir dabei alle Akteure mitnehmen. Öffentliche Einrichtungen wie Volkshochschulen und Museen müssen über die Dringlichkeit
der Klimakatastrophe und ihre Lösungen aufklären. Es braucht Aufklärungskampagnen und öffentliche Informationszentren.

A.2.X. Gesundheit an SchulenLangfristig sollen an allen Grundschulen Gesundheitsfachkräfte tätig sein, um die Themen Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention bereits früh in der
Schule zu thematisieren und den schulischen Alltag darauf basierend zu gestalten zum Beispiel durch die Setzung von Themen wie gesunde Ernährung und Zahnpflege. Außerdem verfolgen wir mittelfristig das Ziel, dass in den Mensen und Kantinen der Schulen in S-H gesundes, regionales und kostengünstiges Essen ausgegeben wird. Das Modellprojekt “Schulgesundheitsfachkräfte an ausgewählten Grundschulen in Flensburg” verdeutlicht den Erfolg und den Bedarf für den Einsatz von Gesundheitsfachkräften. Außerdem ermöglichen die Gesundheitsfachkräfte das Schließen einer medizinischen Versorgungslücke, da ansonsten nur medizinisch ungeschultes Personal an Schulen tätig ist. Insbesondere für Schüler*innen mit hohem medizinischen Assistenzbedarf wird so eine fachgerechte Versorgung gewährleistet.

A. 2. 10. Dänische Schulen und Schulen in freier Trägerschaft

Auch die dänischen Schulen und die Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil unser Schullandschaft. Durch die Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung 2014 haben wir den Schulen in freier Trägerschaft Planungssicherheit gegeben. Durch die Koppelung der Schüler*innenkostensätze an die Bildungsausgaben für die staatlichen Schulen des Landes partizipieren sie an den gestiegenen Mitteln für Bildung. Dennoch bedarf es in der nächsten Wahlperiode einer Überarbeitung der Pauschalen unter anderem für Investitions-, Schulverwaltungs- und Schülerbeförderungskosten.

A. 2. 11. Viele Wege führen zum Schulabschluss

Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf weiter verbessern und die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule eine Ausbildung beginnen, erhöhen. Dabei sind Freiwilligendienste und Auslandsaufenthalte eine gute Bereicherung und Praktika können Orientierung geben. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen.

Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu sichern, setzen wir auf die Arbeit der Jugendberufsagenturen, die mit berufsvorbereitenden Beratungen und Job-Coachings individuell auf die Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen. Daher möchten wir neben der Stärkung der bereits bestehenden zehn Standorte flächendeckend Jugendberufsagenturen im Land etablieren, um eine wohnortnahe Beratung sicherstellen zu können.

Es ist unser Ziel, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erlangen. Schulabbrüche ohne anerkannten Abschluss bedeuten oftmals große individuelle Nachteile. Viele Einflussfaktoren spielen dabei eine Rolle. Um die Faktoren frühzeitig zu erkennen, brauchen Schulen konkrete Präventions- und

Interventionskonzepte, um einem möglichen Schulabbruch frühzeitig entgegenwirken zu können. Wir werden entsprechende Maßnahmen zur Lern- und Verhaltensunterstützung fördern und entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte ausbauen.

Das „Produktive Lernen“, bei dem Schüler*innen in Klasse 8 und 9 drei Tage pro Woche in einem Praktikumsbetrieb und an zwei Tagen in der Schule lernen, kann für Schüler*innen ein Weg sein, um wieder Spaß am Lernen zu gewinnen und einen Schulabschluss zu erreichen. Nachdem wir GRÜNE bereits eine finanzielle Förderung verankern konnten, wollen wir dieses erfolgreiche Programm bedarfsgerecht weiter ausbauen.

Die Flex-Klassen, in denen Schüler*innen für die Klassen 8 und 9 drei Schuljahre Zeit haben, in denen sie viele Praktika machen können, sind ein weiterer Weg, um Schüler*innen auf ihrem Weg zum Schulabschluss zu unterstützen. Auch dieses Programm wollen wir fortführen.

A.2.12 Lernen in guten SchulgebäudenSchulen entwickeln sich immer mehr vom Lern- zum Lebensort. Dafür brauchen wir moderne Schulgebäude mit Platz für individuelles Lernen, neue Lernkonzepte, Inklusion, multiprofessionelle Teams und auch den Ganztag. Das Land hat in der vergangenen Wahlperiode über IMPULS 2030 und auch mit Bundesmitteln für den Schulbau insgesamt 330 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Außerdem gibt es ein Förderprogramm für erneuerbare Energien für Schulgebäude. Das war ein Kraftakt und hat die Schulträger unterstützt.Der Mittelbedarf für Sanierung, Erweiterung oder Neubau ist enorm. Die Kommunen alleine sind mit den finanziellen Anforderungen für den Neubau und die Modernisierung der Schulen überfordert.Wir wollen in der nächsten Wahlperiode ein noch stärkeres Engagement des Landes bei der Modernisierung der Schulen. Dabei haben wir im Blick, dass auch Schulträger mit geringerer Finanzkraft ihre Schulen ausbauen und modernisieren können.Die Erstellung und Unterhaltung der Schulgebäude liegen in der kommunalen Verantwortung. Die Realität zeigt, dass zu viele Kommunen mit den komplexen Planungen von Schulbauten bzw. von Schulstandorten und den Kosten moderner Schulen alleine überfordert sind.Daher wollen wir für die Schulen im Land ein Musterraumprogramm, das zukunftsfähige Standards für moderne Schulen definiert. Sie beinhalten die fortzuschreibenden Standards u.a. für die Raumangebote, Verwaltungsflächen, Raum-/Arbeitsplatzangebot für Lehrkräfte, die technische Gebäudeausstattung (TGA), für Wärme, Energie, Digitalisierung und Akustik bzw. Lärmschutz. Wichtig sind auch Standards für feste Be- und Entlüftungsanlagen, um für zukünftige Infektionswellen gewappnet zu sein. Auch die Anforderungen an die Räume für nachschulische Betreuung, Ganztagsunterricht, Inklusion, Mensen, etc. sollen im Musterraumprogramm beschrieben werden.Schulneubauten sind vorne herein im Hinblick auf Klimaneutralität zu planen.Das Land unterstützt die Kommunen bei der Schulbauplanung, sowie durch einen Stellenpool bei der Planung, Durchführung und Vergabe der Schulbaumodernisierung und verbessert den CO2-Fußabbdruck der Schulgebäude durch die Übernahme der Förderkriterien aus IMPULS 2030 II, in welchem förderfähige Klimaschutzmaßnahmen für Schulen beschrieben sind.